

Substanzielles Protokoll 210. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 22. Januar 2014, 17.00 Uhr bis 19.52 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Sven Oliver Dogwiler (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Nicolas Esseiva (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Patrick Hadi Huber (SP), Guido Hüni (GLP), Martin Luchsinger (GLP), Mario Mariani (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/255](#) Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Emil Seliner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014
3. [2014/5](#) * Weisung vom 15.01.2014: FV
Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Wahlvorschlag Stiftungsrat
4. [2014/9](#) * PV
E Postulat der CVP-Fraktion vom 08.01.2014:
Fahrverbotszonen der Stadt, Verzicht auf eine Zufahrtsbewilligung mit Gebührenerhebung für die Zufahrtsberechtigten
5. [2014/1](#) Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision
6. [2014/2](#) Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Teilrevision
7. [2013/376](#) Weisung vom 06.11.2013: STP
Stadtkanzlei, Reduktion der Anzahl Wahlbüromitglieder
8. [2013/343](#) Weisung vom 02.10.2013: STR
Rechnung 2013, Trimesterbericht II/2013 zu den Globalbudgets

9. [2013/134](#) A Postulat von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Andrea Hochreutener (SP), vertreten durch Michael Kraft (SP), vom 10.04.2013: «Weingarten» am Meierhofplatz, bessere Nutzbarmachung für die Allgemeinheit FV
10. [2013/259](#) E/A Postulat von Walter Angst (AL) und Alecs Recher (AL) vom 03.07.2013: Umsetzung der Zielgruppenfokussierung des «Programms Wohnen» bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen FV
11. [2013/270](#) E/A Postulat von Walter Angst (AL) vom 10.07.2013: Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit geltenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards FV
13. [2013/318](#) E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 11.09.2013: Anpassung der Vergabepaxis für städtische Wohnungen und Stiftungen bezüglich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse FV

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4645. 2014/19

Erklärung der SVP-Fraktion vom 22.01.2014: Einrichtung einer Asylunterkunft an der Sonnenbergstrasse

Namens der SVP-Fraktion verliest Urs Fehr (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Erneute Einrichtung einer Asylunterkunft in einem Wohnquartier

Zuerst das Triemliquartier, dann Seebach, als nächstes Altstetten und jetzt das Quartier Fluntern: In einer Liegenschaft an der Sonnenbergstrasse 19 - in mitten des Kreises 7 in einem ruhigen und friedlichen Wohnquartier - beherbergt der Stadtrat von Zürich ab morgen Donnerstag 80 asylsuchende Personen. Die direktbetroffene Bevölkerung erfuhr gestern Dienstag mit einem Flugblatt davon. Dies bedeutet eine Vorlaufzeit von zwei Tagen. Keine Informationsveranstaltung, keine öffentliche Diskussion im Quartier. Die Einwohner werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Diese Art und Weise im Umgang mit unserer Bevölkerung ist seitens Stadtrat eine Zumutung. Die SVP-Gemeinderatsfraktion verurteilt das Vorgehen scharf.

Die SVP hat bereits vielfach klare Vorschläge gemacht, wie und wo Asylsuchende unterzubringen sind. Dies muss in abgelegenen Randregionen sein. Unter keinen Umständen sind Wohnquartiere in einer Stadt hierfür geeignet. Zusätzlich laden solche Luxusunterkünfte - wie jene an der Sonnenbergstrasse 19 - potentielle Asylsuchende förmlich ein, in unser Land zu kommen. Eine solche Behausung ist zudem ein Affront gegenüber jenen Mitbürgern in unserer Stadt, welche sich kaum eine Wohnung leisten können.

Die SVP-Gemeinderatsfraktion fordert den Stadtrat auf, seine "Jeder-soll-nach-Zürich-kommen"-Asylpolitik beiseite zu legen. Vielmehr soll er sich beim Bund für eine restriktive, in der Bevölkerung auch mehrheitlich verankerte Asylpolitik einsetzen. Nur so ist gewährleistet, dass die humanitäre Tradition unseres Landes weiterhin besteht. Die SVP wird alle nur erdenklichen Massnahmen ergreifen, um diese geplante Asylunterkunft zu verhindern. Eine entsprechende Petition wurde bereits lanciert.

Persönliche Erklärungen:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) hält eine persönliche Erklärung zu Einrichtung einer Asylunterkunft an der Sonnenbergstrasse.

Alan David Sangines (SP) hält eine persönliche Erklärung zu den Plänen einer Umleitung der Tramlinie Nummer 2.

G e s c h ä f t e

4646. 2010/255

Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Emil Seliner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014

Es wird gewählt:

Andreas Billeter (SP)

Mitteilung an den Stadtrat, die Stiftung PWG und den Gewählten

4647. 2014/5

Weisung vom 15.01.2014:

Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Wahlvorschlag Stiftungsrat

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 20. Januar 2014 umstritten.

***Mauro Tuena (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an das Büro: In diesem Geschäft geht es nicht um den inhaltlichen Teil der Weisung. Es ist unbestritten, dass der inhaltliche Teil in die Spezialkommission des Finanzdepartements gehört. In dieser Weisung geht es um die Wahlen. Es gibt einen Vorschlag des Stadtrats, die Namen der Kandidaten sind im Dispositiv enthalten und können somit auch durch den Gemeinderat geändert werden. Es ist somit nicht sinnvoll, diese Weisung der Spezialkommission des Finanzdepartements zuzuweisen. Besser wäre es, wenn wir diese Weisung dem Büro des Gemeinderats zuweisen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat hat die Zuweisung an die Spezialkommission vorgenommen, ohne lange über die Gebräuche nachzudenken. Der Stadtrat hat grosses Vertrauen in die Kompetenz der Kommission, zudem wird diese Kommission auch die Geschäfte der Stiftung behandeln.*

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): *Dieser Wahlgang ist eine Weichenstellung zur operativen Aufstellung der Stiftung. Wir haben in dieser Kommission relativ viele wohnpolitische Diskussionen, deshalb ist es sinnvoll, das Geschäft der Kommission zuzuweisen. Wohnpolitisch besitzt die Kommission des Finanzdepartements grössere Kompetenzen als das Büro.*

Roger Tognella (FDP): *Auch das Büro hat die Kompetenz, über Personalfragen zu entscheiden. Wir im Rat haben ein Recht darauf zu erfahren, wer in die Stiftung gewählt wird. Es ist sinnvoll, die personellen Strukturen im Büro zu besprechen und im Anschluss daran die Fraktionen die personellen Vorschläge diskutieren zu lassen.*

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 34 gegen 81 Stimmen ab.

Damit ist das Geschäft dem Büro überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4648. 2014/9

**Postulat der CVP-Fraktion vom 08.01.2014:
Fahrverbotszonen der Stadt, Verzicht auf eine Zufahrtsbewilligung mit Gebührenerhebung für die Zufahrtsberechtigten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4649. 2014/1

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision

Referent zur Vorstellung der Anträge:

Mark Richli (SP): *Es geht grundsätzlich um die Neuregelung des Ratssekretariats. Künftig wird das Ratssekretariat nur noch aus drei Mitgliedern bestehen; alle sollen zugleich auch Ratsmitglieder sein. Des Weiteren geht es um die Publikation der Tagliste und um eine Korrektur eines formulierten Grundsatzes, demzufolge im Büro keine Vertretungen verhinderteter Büromitglieder möglich sind. Hängig sind Fragen zum Artikel 95, in dem es um die Behandlung und Abschreibung von Postulaten geht. Diese Revision sollte zu Beginn der neuen Amtsdauer rechtskräftig sein.*

Änderungsanträge des Büros

Kommisionsmehrheit Änderungsantrag zu Art. 1 Abs. 3:

Mark Richli (SP): *Hier geht es um die Umsetzung des Anliegens, das fordert, dass nicht die Ratssekretärinnen und Ratssekretäre den Fraktionen im Büro Stimmen weg-*

nehmen. Deshalb soll es nur noch Ratssekretärinnen und Ratssekretäre geben, die Mitglieder des Gemeinderats sind. Gleichzeitig wird die Reduktion der Ratssekretärinnen und Ratssekretäre von vier auf drei Mitglieder als möglich angesehen und wird entsprechend umgesetzt. Wir Ratssekretärinnen und Ratssekretäre sind diejenigen, die dem Geschehen im Gemeinderat am genauesten folgen und auch ins Geschehen eingreifen können. Wenn das Ratssekretariat mit Ratsmitgliedern besetzt wird, dann verursacht dies keine zusätzlichen Kosten.

Kommissionsminderheit:

Alecs Recher (AL): Der Mehrheit des Büros geht es darum, dass Ratssekretärinnen und -sekretäre nicht mehr Ratsmitglieder sein können, sondern zwingend Ratsmitglieder sein müssen. Aus meiner Sicht spricht viel gegen diesen Vorschlag. Das Ratssekretariat erfüllt administrative Aufgaben. Es erfüllt keine politischen Aufgaben, die Ratsmitglieder besitzen jedoch ein politisches Mandat. Politische und administrative Aufgaben müssen klar getrennt werden. Die Aufgaben des Ratssekretariats sind mit denjenigen der Kommissionssekretariate vergleichbar. Die Kommissionssekretariate müssen heute auch nicht von Ratsmitgliedern erfüllt werden.

Weitere Wortmeldung:

Mark Richli (SP): Bisher war es nicht einfach, Ratssekretärinnen und Ratssekretäre zu rekrutieren.

Änderungsantrag zu Art. 1 Abs. 3

Die Mehrheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 1 Abs. 3:

³Das amtsälteste anwesende Mitglied des Gemeinderats eröffnet die konstituierende Sitzung und bezeichnet vorläufig zwei Sekretärinnen oder Sekretäre sowie vier Stimmzählerinnen oder Stimmzähler. Bei gleich langer Amtszeit mehrerer Mitglieder übernimmt das älteste von ihnen diese Aufgabe. Hierauf wählt der Rat seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Sobald der Vorsitz bestimmt ist, wählt der Rat die Mitglieder des Büros sowie drei Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre aus den Reihen der Ratsmitglieder.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit:	Alecs Recher (AL), Referent
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 5 Stimmen zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 2 Abs. 3:

Mark Richli (SP): Es geht um die Frage, in welchem Umfang die Tagliste im Tagblatt publiziert werden soll. Das Büro ist der Ansicht, dass eine Publikation, in welcher nur diejenigen Geschäfte aufgeführt werden, die höchstwahrscheinlich in der darauffolgenden Ratssitzung auch tatsächlich behandelt werden, ausreichend ist. Publiziert wird die Tagliste auch auf der Homepage des Gemeinderats und sie kann auch bei den Parlamentsdiensten eingesehen werden.

Änderungsantrag zu Art. 2 Abs. 3

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 2 Abs. 3:

³Die Tagliste ist auf der Homepage des Gemeinderats öffentlich bekannt zu machen. Im «Städtischen Amtsblatt» wird die Einladung zur Ratssitzung mit einem Auszug aus der Tagliste publiziert.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Art. 5 Abs. 3:

Mark Richli (SP): *Ratssekretärinnen und Ratssekretäre, die so angestellt sind, wie es früher üblich war, gibt es jetzt nicht mehr. Deshalb kann die entsprechende Regelung aufgehoben werden.*

Kommmissionsminderheit:

Alecs Recher (AL): *Wir ziehen diesen Antrag zurück.*

Änderungsantrag zu Art. 5 Abs. 3

Die Mehrheit des Büros beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 5 Abs. 3:

³Der Rat beschliesst über

- a) die Höhe des Taggelds;
- b) die besonderen Taggeldansprüche der Präsidentinnen und Präsidenten für Sitzungen und Augenscheine;
- c) [aufgehoben]
- d) die Höhe der Fraktionsentschädigung und
- e) die Höhe der Grundentschädigung für die Infrastrukturausrüstung der Ratsmitglieder.

Die Details werden in der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) festgelegt.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit: Alecs Recher (AL), Referent
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Alecs Recher (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Kommmissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 40 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Es geht um die Vereinfachung einer Formulierung sowie um Details, die bisher in der Geschäftsordnung geregelt waren und künftig in den Ausführungsbestimmungen stehen sollen.*

Änderungsantrag zu Art. 40 Abs. 2

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 40 Abs. 2:

²Bei Stimmabgabe durch Aufstehen geben die Stimmzählenden von ihrem Standort aus ihr Ergebnis dem Ratssekretariat bekannt.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge 1–2 zu Art. 49 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Hier geht es um die Frage, wer die Beschlüsse unterzeichnen soll. Aus Sicht der Mehrheit des Büros ist dies eine klassische Aufgabe des Ratssekretariats.*

Änderungsanträge 1–2 zu Art. 49 Abs. 1

Die Mehrheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 49 Abs. 1:

¹Die Ausfertigung und öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse sowie die Wahlanzeigen werden im Namen des Rats von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von einer Ratssekretärin oder einem Ratssekretär unterzeichnet.

Die Minderheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 49 Abs. 1:

¹Die Ausfertigung und öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse sowie die Wahlanzeigen werden im Namen des Rats von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von einem Mitglied der Leitung der Parlamentsdienste allein unterzeichnet.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit: Alecs Recher (AL), Referent
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Alecs Recher (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsanträge 1–2 zu Art. 49 Abs. 2, neuer Absatz:

Mark Richli (SP): *Hier geht es um die Aufteilung in zwei Absätze.*

Änderungsanträge 1–2 zu Art. 49 Abs. 2, neuer Absatz

Die Mehrheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 49 Abs. 2:

²Protokollauszüge werden von einem Mitglied des Ratssekretariats allein unterzeichnet.

Die Minderheit des Büros beantragt folgende Änderung von Art. 49 Abs. 2:

²Protokollauszüge werden von einem Mitglied der Leitung der Parlamentsdienste allein unterzeichnet.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit: Alecs Recher (AL), Referent
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Alecs Recher (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag 3 zu Art. 49 Abs. 2, neue Nummerierung:

Mark Richli (SP): *Es geht um eine Änderung der Nummerierung, die aus dem Vorhergehenden folgt.*

Änderungsantrag 3 zu Art. 49 Abs. 2, neue Nummerierung

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 49 Abs. 2:

³Die Parlamentsdienste besorgen die öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse des Gemeinderats und deren Ausfertigung.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Art. 50 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Es geht darum, die Formulierung anzupassen, damit sie der neuen Zusammensetzung des Büros entspricht.*

Änderungsantrag zu Art. 50 Abs. 2

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 50 Abs. 2:

²Das Büro besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und zehn weiteren Mitgliedern.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Art. 50 Abs. 3:

Mark Richli (SP): *In der bisherigen Geschäftsordnung war dies doppelt geregelt. Eine solche doppelte Regelung ist sinnlos.*

Kommissionsminderheit:

Alecs Recher (AL): *Der Rechtskonsulent des Stadtrats und ich sind der Ansicht, dass es in diesem Fall sinnvoll ist, die Doppelspurigkeit beizubehalten. Dadurch wird die Lesbarkeit der Geschäftsordnung massiv verbessert. Die Geschäftsordnung muss auch für Laien lesbar bleiben.*

Änderungsantrag zu Art. 50 Abs. 3

Die Mehrheit des Büros beantragt Streichung von Art. 50 Abs. 3.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP)
Minderheit:	Alecs Recher (AL), Referent; 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP)
Abwesend:	Präsident Martin Abele (Grüne), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP, abwesend), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 14 Stimmen zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 50, neuer Absatz 6:

Mark Richli (SP): *Dies entspricht der bisherigen Usanz, bisher stand das lediglich an einem anderen Ort der Geschäftsordnung.*

Änderungsantrag zu Art. 50, neuer Absatz 6

Das Büro beantragt folgenden neuen Absatz 6:

°Ist ein Mitglied an einer Sitzungsteilnahme verhindert, ist eine Ersetzung nicht zulässig.

Zustimmung:	Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 50^{bis}:

Mark Richli (SP): *Es handelt sich hier um eine vereinfachte Formulierung und Ergänzung der AS-Nummer.*

Änderungsantrag zu Art. 50^{bis}

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 50^{bis}:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentdienste unterstehen der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (AS 177.100).

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Auch dies geht aus der neuen Bürozusammensetzung hervor.*

Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 1

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 51 Abs. 1:

¹Die Präsidentin oder der Präsident, das Vizepräsidium sowie die weiteren zehn Mitglieder des Büros werden in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats für die Dauer eines Jahres gewählt. In den folgenden Jahren der Amtsdauer des Gemeinderats erfolgt die Wahl in der Regel in der ersten Sitzung im Mai.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag 1 zu Art. 51 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Dies wurde in den vorhergehenden Artikel verschoben.*

Änderungsantrag 1 zu Art. 51 Abs. 2

Das Büro beantragt Streichung von Art. 51 Abs. 2.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag 2 zu Art. 51 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Früher war dies in der Gemeindeordnung geregelt; es wurde daraus gestrichen und soll nun in die Geschäftsordnung verschoben werden.*

Änderungsantrag 2 zu Art. 51 Abs. 2

Das Büro beantragt folgenden neuen Art. 51 Abs. 2:

²Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch das Vizepräsidium wählbar.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 3:

Mark Richli (SP): *Es handelt sich hier um eine Doppelspurigkeit.*

Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 3

Das Büro beantragt Streichung von Art. 51 Abs. 3.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 4:

Mark Richli (SP): *Es geht darum, dass die Amtsdauer der Ratssekretärinnen und -sekretäre von vier Jahren auf ein Jahr begrenzt werden soll.*

Änderungsantrag zu Art. 51 Abs. 4

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 51 Abs. 4:

⁴Die Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre werden in der konstituierenden Sitzung für die Dauer eines Jahres gewählt.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 52:

Mark Richli (SP): *Es handelt sich hier um eine redaktionelle Änderung.*

Änderungsantrag zu Art. 52

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 52:

Art. 52 Wahlbefugnisse

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 52 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Hier geht es um eine Verkürzung der Amtsdauer der Stimmzählerinnen und Stimmzähler auf ein Jahr.*

Änderungsantrag zu Art. 52 Abs. 1

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 52 Abs. 1:

¹Das Büro wählt

[...]

c) auf Antrag der Fraktionen für die Dauer eines Jahres höchstens sechs Stimmzählerinnen und Stimmzähler;

[...]

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 52 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Es ist nicht mehr zutreffend, dass das Büro die Kommissionssekretärinnen und -sekretäre anstellt. Diese Anstellung liegt in der Kompetenz der Leitung der Parlamentsdienste und ist im Personalrecht geregelt.*

Änderungsantrag zu Art. 52 Abs. 2

Das Büro beantragt Streichung von Art. 52 Abs. 2.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 52^{ter} Abs. 1 lit. k:

Mark Richli (SP): *Neu wählt das Büro die Leitung der Parlamentsdienste. Dies ist in der Gemeindeordnung geregelt.*

Änderungsantrag zu Art. 52^{ter} Abs. 1 lit. k

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art 52^{ter} Abs. 1 lit. k:

¹Dem Büro stehen zu

[...]

k) aufgehoben

[...]

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)

Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag 1 zu Art. 53:

Mark Richli (SP): *Es geht um den Titel, es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.*

Änderungsantrag 1 zu Art. 53

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 53:

Art. 53 Aufgaben des Ratssekretariats

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)

Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag 2 zu Art. 53:

Mark Richli (SP): *Die Aufgaben des Ratssekretariats werden ein bisschen differenzierter ausgeführt.*

Änderungsantrag 2 zu Art. 53

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 53:

Das Ratssekretariat ist verantwortlich für:

a) das Beschlussprotokoll des Rats;

b) das Audioprotokoll des Rats;

c) das Lektorat des substanziellen Protokolls des Rats;

d) das Protokoll im Büro.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag, neuer Art. 53^{bis}:

Mark Richli (SP): Dem zweiten Vizepräsidium wird eine neue Aufgabe zugewiesen. Es soll künftig auch das Präsenzverzeichnis im Rat führen und die eingereichten Vorstösse entgegennehmen und die Vorprüfung durchführen. Bisher war dies Aufgabe des vierten Mitglieds des Ratssekretariats.

Änderungsantrag, neuer Art. 53^{bis}

Das Büro beantragt folgenden neuen Art. 53^{bis}:

Art. 53^{bis} Aufgaben des zweiten Vizepräsidiums des Rats

Das zweite Vizepräsidium ist verantwortlich für:

- a) das Präsenzverzeichnis des Rats;
- b) die Entgegennahme und Vorprüfung der eingereichten Vorstösse.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 70 Abs. 2:

Mark Richli (SP): Hier geht es darum, dass gefordert wurde, dass die Protokolle der Redaktionskommission allen Ratsmitgliedern auf dem Extranet zur Verfügung stehen sollen.

Änderungsantrag zu Art. 70 Abs. 2

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 70 Abs. 2:

²Die Protokolle der Spezialkommissionen und der Redaktionskommission stehen den Mitgliedern des Rats auf dem Extranet zur Verfügung.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die zu ändernden Artikel der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), 171.100

Art. 1 Konstituierung

³Das amtsälteste anwesende Mitglied des Gemeinderats eröffnet die konstituierende Sitzung und bezeichnet vorläufig zwei Sekretärinnen oder Sekretäre sowie vier Stimmzählerinnen oder Stimmzähler. Bei gleich langer Amtszeit mehrerer Mitglieder übernimmt das älteste von ihnen diese Aufgabe. Hierauf wählt der Rat seine Präsidentin oder seinen Präsidenten. Sobald der Vorsitz bestimmt ist, wählt der Rat die Mitglieder des Büros sowie drei Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre aus den Reihen der Ratsmitglieder.

Art. 2 Einberufung

³Die Tagliste ist auf der Homepage des Gemeinderats öffentlich bekannt zu machen. Im «Städtischen Amtsblatt» wird die Einladung zur Ratssitzung mit einem Auszug aus der Tagliste publiziert.

Art. 40 Zählung der Stimmen

²Bei Stimmabgabe durch Aufstehen geben die Stimmzählenden von ihrem Standort aus ihr Ergebnis dem Ratssekretariat bekannt.

Art. 49 Ausfertigung und Bekanntmachung

¹Die Ausfertigung und öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse sowie die Wahlanzeigen werden im Namen des Rats von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von einer Ratssekretärin oder einem Ratssekretär unterzeichnet.

²Protokollauszüge werden von einem Mitglied des Ratssekretariats allein unterzeichnet.

³Die Parlamentsdienste besorgen die öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse des Gemeinderats und deren Ausfertigung.

Art. 50 Funktion und Zusammensetzung

²Das Büro besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und zehn weiteren Mitgliedern.

³[gestrichen]

⁶Ist ein Mitglied an einer Sitzungsteilnahme verhindert, ist eine Ersetzung nicht zulässig.

Art. 50^{bis} Anstellungsverhältnis der Parlamentsdienste

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste unterstehen der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (AS 177.100).

Art. 51 Wahl

¹Die Präsidentin oder der Präsident, das Vizepräsidium sowie die weiteren zehn Mitglieder des Büros werden in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats für die Dauer eines Jahres gewählt. In den folgenden Jahren der Amtsdauer des Gemeinderats erfolgt die Wahl in der Regel in der ersten Sitzung im Mai.

²Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident ist für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch das Vizepräsidium wählbar.

³[gestrichen]

⁴Die Ratssekretärinnen oder Ratssekretäre werden in der konstituierenden Sitzung für die Dauer eines Jahres gewählt.

Art. 52 Wahlbefugnisse

¹Das Büro wählt

[...]

- c) auf Antrag der Fraktionen für die Dauer eines Jahres höchstens sechs Stimmzählerinnen und Stimmzähler;

[...]

²[gestrichen]

Art. 52^{ter} Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

¹Dem Büro stehen zu

[...]

- k) [aufgehoben]

[...]

Art. 53 Aufgaben des Ratssekretariats

Das Ratssekretariat ist verantwortlich für:

- a) das Beschlussprotokoll des Rats;
- b) das Audioprotokoll des Rats;
- c) das Lektorat des substanziellen Protokolls des Rats;
- d) das Protokoll im Büro.

Art. 53^{bis} Aufgaben des zweiten Vizepräsidentiums des Rats

Das zweite Vizepräsidentium ist verantwortlich für:

- a) das Präsenzverzeichnis des Rats;
- b) die Entgegennahme und Vorprüfung der eingereichten Vorstösse.

Art. 70 Akteneinsichtsrecht

²Die Protokolle der Spezialkommissionen und der Redaktionskommission stehen den Mitgliedern des Rats auf dem Extranet zur Verfügung.

Das Büro des Gemeinderats setzt diese Änderungen der Geschäftsordnung (GeschO GR) nach Ablauf der Referendumsfrist per 1. Mai 2014 in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

4650. 2014/2

Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Teilrevision

Referent zur Vorstellung der Anträge:

Mark Richli (SP): *Das Meiste geht aus der vorhergehenden Änderung der Geschäftsordnung und aus der Änderung der durch das Volk beschlossenen Gemeindeordnung hervor. Es geht hauptsächlich um die Entschädigung des Ratssekretariates sowie die Regelung der Infrastruktur der Kommissionssekretariate, die abhängig vom Pensum sein soll.*

Änderungsanträge des Büros

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 2 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Auch hier sollen die nicht mehr existierenden Ratssekretärinnen und Ratssekretäre, die nicht Mitglieder des Gemeinderats sind, gestrichen werden.*

Änderungsantrag zu Art. 2 Abs. 1

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 2 Abs. 1:

¹Jedes Ratsmitglied erhält insbesondere für die persönliche Informatikausrüstung eine monatliche Grundentschädigung in der Höhe von zwei einfachen Taggeldern.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Art. 4:

Mark Richli (SP): *Es geht um die Regelung der Entschädigung der Ratssekretärinnen und -sekretäre. Dies muss selbstverständlich stehen bleiben.*

Änderungsantrag zu Art. 4

Die Mehrheit des Büros beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit des Büros beantragt Streichung von Art. 4.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit: Alecs Recher (AL), Referent
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Alecs Recher (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 4 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Dieser Absatz ist nicht mehr nötig, da die im Absatz erwähnten Leute nicht mehr existieren.*

Änderungsantrag zu Art. 4 Abs. 1

Das Büro beantragt Streichung von Art. 4 Abs. 1.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Enthaltung: Alecs Recher (AL)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 4 Abs. 2:

Mark Richli (SP): *Hier ist die Ergänzung festgehalten für die Entschädigung des Lektorats der substantiellen Protokolle, das bisher versuchsweise dem Ratssekretariat zugewiesen wurde. Dies soll so fortgeführt und mit einem zusätzlichen Taggeld entschädigt werden.*

Änderungsantrag zu Art. 4 Abs. 2

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 4 Abs. 2:

²Für die Führung des Audioprotokolls, des Ratsprotokolls und für das Lektorat des substantiellen Protokolls wird zusätzlich je ein Taggeld gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. a ausgerichtet.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Mauro Tuena (SVP)
Enthaltung: Alecs Recher (AL)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 7 Abs. 1:

Mark Richli (SP): *Die Infrastrukturentschädigungen für Kommissionssekretärinnen und -sekretäre, die nicht im Büro der Parlamentsdienste arbeiten, sollen vom Pensum abhängen.*

Änderungsantrag zu Art. 7 Abs. 1

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 7 Abs. 1:

¹Zur Abgeltung der Kosten für die Büroinfrastruktur wird eine jährliche, vom Pensum abhängige Pauschalentschädigung ausgerichtet. Diese beträgt:

- a) Fr. 3 260.– bei einem Pensum von 0 % bis 25 %;
- b) Fr. 4 075.– bei einem Pensum von 26 % bis 45 %;
- c) Fr. 4 890.– bei einem Pensum von 46 % bis 65 %;
- d) Fr. 5 705.– bei einem Pensum von 66 % bis 85 %;
oder
- e) Fr. 6 520.– bei einem Pensum von 86 % bis 100 %.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL)
Enthaltung: Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 15:

Mark Richli (SP): *Auch hier werden die nicht mehr existierenden Ratssekretärinnen und*

-sekretäre, die nicht dem Rat angehören, gestrichen.

Änderungsantrag zu Art. 15

Das Büro beantragt folgende Änderung von Art. 15:

Die Mitglieder des Gemeinderats sind für ihre Amtstätigkeit gegen Unfall versichert. Das Büro regelt die Einzelheiten.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Kommissionsreferent Änderungsantrag zu Art. 19:

Mark Richli (SP): *Hier geht es um dasselbe wie vorher, die Entschädigung erfolgt nur noch durch Taggelder.*

Änderungsantrag zu Art. 19

Das Büro beantragt Streichung von Art. 19.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Martin Abele (Grüne), 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP)
Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros stillschweigend zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die zu ändernden Artikel der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) , 171.110

Art. 2 Grundentschädigung

¹Jedes Ratsmitglied erhält insbesondere für die persönliche Informatikausrüstung eine monatliche Grundentschädigung in der Höhe von zwei einfachen Taggeldern.

Art. 4 Entschädigungen für die Ratssekretärinnen und Ratssekretäre

¹[gestrichen]

²Für die Führung des Audioprotokolls, des Ratsprotokolls und für das Lektorat des substanziellen Protokolls wird zusätzlich je ein Taggeld gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. a ausgerichtet.

Art. 7 Infrastrukturentschädigung für Kommissionssekretärinnen oder Kommissionssekretäre ohne Büroinfrastruktur bei den Parlamentsdiensten

¹Zur Abgeltung der Kosten für die Büroinfrastruktur wird eine jährliche, vom Pensum abhängige Pauschalentschädigung ausgerichtet. Diese beträgt:

- a) Fr. 3 260.– bei einem Pensum von 0 % bis 25 %;
- b) Fr. 4 075.– bei einem Pensum von 26 % bis 45 %;
- c) Fr. 4 890.– bei einem Pensum von 46 % bis 65 %;
- d) Fr. 5 705.– bei einem Pensum von 66 % bis 85 %;
oder
- e) Fr. 6 520.– bei einem Pensum von 86 % bis 100 %.

Art. 15 Unfallversicherung

Die Mitglieder des Gemeinderats sind für ihre Amtstätigkeit gegen Unfall versichert. Das Büro regelt die Einzelheiten.

Art. 19 Entschädigung der Ratssekretärinnen und Ratssekretäre

[gestrichen]

Das Büro des Gemeinderats setzt diese Änderungen der Entschädigungsverordnung (EntschVO GR) nach Ablauf der Referendumsfrist per 1. Mai 2014 in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

4651. 2013/376

Weisung vom 06.11.2013:

Stadtkanzlei, Reduktion der Anzahl Wahlbüromitglieder

Antrag des Stadtrats

Die Zahl der Wahlbüromitglieder wird in Anwendung von § 14 Abs. 2 GPR und Art. 20 Abs. 1 der Gemeindeordnung so festgelegt, dass auf je 1000 Stimmberechtigte 10 Mitglieder zu wählen sind.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Dorothea Frei (SP): *Das Gesetz über die politischen Rechte sieht vor, dass jede Gemeinde im Kanton ein Wahlbüro unterhält, das für die Organisation und Durchführung der Abstimmungen und Wahlen zuständig ist. In Zürich haben wir neun Wahlkreisbüros, pro 1000 Stimmberechtigte hat es 20 Mitglieder eines Wahlbüros. Der heutige Bedarf hat sich aufgrund der technischen Möglichkeiten und die Optimierung der Arbeitsabläufe gewandelt. Der Bedarf besteht somit nicht mehr in 20 Leuten pro 1000 Stimmberechtigte, sondern in 10 Leuten pro 1000 Stimmberechtigte.*

Mark Richli (SP) *stellt folgenden Änderungsantrag: Aus dem Dispositiv geht nicht hervor, was mit dem Satz passiert, den der Gemeinderat beschliessen soll. Aufgrund eines Hinweises des Chefs der Parlamentsdienste, demzufolge das in die Redaktionskommission komme, habe ich dieses Wochenende gemerkt, dass das Dispositiv so nicht realisierbar ist. In der amtlichen Sammlung gibt es einen fast identischen Satz, der durch den Gemeinderat 1970 beschlossen wurde. Falls dieser Satz jetzt so beschlossen würde, würde der alte Erlass auch stehen bleiben. Der alte Erlass muss somit durch den Gemeinderat geändert werden. Dies untersteht dem fakultativen Referendum.*

I. Der Gemeinderat ändert, gestützt auf Art. 41 lit. I GO, folgenden Erlass:
Kreiswahlbüros, Festsetzung der Zahl der Mitglieder (AS 161.220)

Die Zahl der Wahlbüromitglieder wird in Anwendung von § 14 Abs. 2 GPR und Art. 20 Abs. 1 der Gemeindeordnung so festgelegt, dass auf je 1000 Stimmberechtigte 10 Mitglieder zu wählen sind.

II. Der Stadtrat setzt diese Änderung in Kraft.

Weitere Wortmeldung:

Christoph Spiess (SD): *Es steht, dass die Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros reduziert werden müsse, um die Effizienz zu steigern. Die Vorstände der Wahlbüros haben eine Liste von gewählten Mitgliedern der Wahlbüros und sind gehalten, die Leute einzusetzen. Diesbezüglich herrscht vollkommene Willkür und es werden auch aussenstehende Personen aufgeboten, die nicht Mitglieder des Wahlbüros sind. Auch dies ist ein Grund, weshalb gewählte Mitglieder des Wahlbüros nicht aufgeboten werden. Rechtsstaatlich ist dies fragwürdig. Wenn Stimmzähler auf Fehler hinweisen, laufen sie Gefahr nicht mehr aufgeboten zu werden. Wird die Anzahl der Mitglieder der Wahlbüros reduziert, dann müssten die gewählten Mitglieder auch tatsächlich regelmässig und gleichmässig nach Zufallsprinzip aufgeboten werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Christoph Spiess (SD) äussert heftige Vorwürfe. Wenn konkrete Vorwürfe bestehen, wenden Sie sich an mich, ich werde dem nachgehen.*

Weitere Wortmeldungen:

Christian Traber (CVP): *Es ist wichtig, dass die gewählten Wahlbüromitglieder aus allen Schichten stammen. Wir achten darauf, dass die Gewählten mindestens einmal jährlich an die Reihe kommen. Die Mitglieder der Wahlbüros kommen bei uns an der Urne zum Einsatz. Es muss eine gewisse Abwechslung stattfinden. Es ist nicht das Ziel, möglichst schnell zu sein, sondern möglichst korrekte Resultate zu übermitteln.*

Christoph Spiess (SD): *Die beiden Beispiele, die ich genannt habe, liegen Jahre zurück. Ich will auch keinen Betrug unterstellen. Ich möchte gegen niemanden Vorwürfe erheben. Jetzt besteht die Möglichkeit, die Wahlbüros anzuweisen, die gewählten Wahlbüromitglieder prioritär aufzubieten.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Mark Richli (SP) stillschweigend zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der zu ändernde Erlass ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

- I. Der Gemeinderat ändert, gestützt auf Art. 41 lit. I GO, folgenden Erlass:
Kreiswahlbüros, Festsetzung der Zahl der Mitglieder (AS 161.220)
Die Zahl der Wahlbüromitglieder wird in Anwendung von § 14 Abs. 2 GPR und Art. 20 Abs. 1 der Gemeindeordnung so festgelegt, dass auf je 1000 Stimm-berechtigte 10 Mitglieder zu wählen sind.
- II. Der Stadtrat setzt diese Änderung in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

4652. 2013/343

**Weisung vom 02.10.2013:
Rechnung 2013, Trimesterbericht II/2013 zu den Globalbudgets**

Antrag des Stadtrats

Die Trimesterberichte per 31. August 2013 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Roger Liebi (SVP): *In den Trimesterberichten geht es um eine Übersicht über die Situation in den Globalbudgets. Die RPK hat sich intensiv mit dem Trimesterbericht II auseinandergesetzt. Es gab im Vergleich zum Trimesterbericht I keine wesentlichen Änderungen. Die wesentlichste Änderung betrifft das Waidspital. In der Beratung stellten wir ausserdem fest, dass es beim ewz bei den Glasfaserkabeln zu einer Neuerung der Ermessensgrundlage der Anschlüsse an die Haushalte kam. Wir haben einige Fragen zur Beteiligung am Windkraftwerk in Frankreich gestellt.*

Kommissionsmehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *Wir haben die Weisung ausführlich geprüft und diskutiert.*

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): *Man kann nicht nur ein einzelnes Globalbudget ablehnen. Deshalb lehnen wir das ganze Globalbudget ab. Vor allem das ewz und das Glasfasernetz finden wir problematisch. Wir wissen noch immer nicht, wie viele Anschlüsse bis anhin in die Häuser hineingingen. Die neuen Berechnungsgrundlagen führen den Anschluss bis zum Haus. Die Swisscom führte bei 10 000 Gebäuden 10 000 Anschlüsse bis ans Haus heran. Das ewz hat von 30 000 Gebäuden lediglich 17 % der Anschlüsse bis ans Haus heranführen können. Darüber für wie viele Anschlüsse die Leute auch tatsächlich zahlen, haben wir nichts gehört. Das Glasfasernetz war früher ein Renditeprojekt, heute ist es ein Investitionsprojekt. Dies bedeutet, das Projekt wird auf Kosten der Steuerzahler durchgeführt. Des Weiteren lehnen wir das Globalbudget wegen Grün Stadt Zürich ab. Schon im Zusammenhang mit dem Asylzentrum und der Einführung der sip als Bewacher führten wir eine Diskussion. Jetzt soll die sip auf der Werdinsel eingesetzt werden. Dort soll die sip zur Produktgruppe 1 gehören und somit zum Naturverständnis und zur Naturförderung beitragen. Das hat nichts mit den ursprünglichen Kernaufgaben der sip zu tun.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir haben bei der Budgetdiskussion ausführlich darüber geredet, wie wir die Geschäftsführung der einzelnen Abteilungen einschätzen. Neben den*

von Roger Liebi (SVP) genannten Argumenten für die Ablehnung des Trimesterberichts II möchte ich weitere Aspekte nennen. Ein Punkt ist die Personalsituation im Scan Center, die relativ positiv dargelegt wurde. Wir werden beobachten, ob die Weltwoche oder das Finanzdepartement Recht hatte mit der Einschätzung der Personalsituation. Wir haben gehört, dass die Personalsituation im Rietberg suboptimal ist. Es ist verständlich, wenn die Leute frühzeitig aufhören und die Überbrückungszuschüsse einfordern. Auch wenn sich das Defizit des Waidspitals für die Stadt reduziert hat, ist dies lediglich darauf zurückzuführen, dass das Waidspital eine Million Franken mehr vom Kanton bekam. Grün Stadt Zürich hat im Trimesterbericht I bewiesen, dass sie auch ohne die Million Franken gut arbeiten konnte. Wir können somit auch etwas enger budgetieren.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Trimesterberichte per 31. August 2013 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Dr. Urs Egger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Dr. Urs Egger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Trimesterberichte per 31. August 2013 der Abteilungen mit Produktgruppen-Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 29. Januar 2014

4653. 2013/134

Postulat von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Andrea Hochreutener (SP), vertreten durch Michael Kraft (SP), vom 10.04.2013:

«Weingarten» am Meierhofplatz, bessere Nutzbarmachung für die Allgemeinheit

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Andrea Nüssli-Danuser (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3834/2013): *Auf die Idee, eine bessere Nutzung des «Weingartens» für die Bevölkerung zu fordern, kam ich, als diskutiert wurde, ob das Schulhaus den Pausenplatz während der Renovierungsarbeiten dorthin verlegen soll. Der «Weingarten» ist ein optimaler Treffpunkt für das Quartier. Der «Weingarten» ist ein Landgut aus dem 18. Jahrhundert, er ist abgetrennt durch eine Mauer und das Tor ist wegen des Denkmalschutzes immer geschlossen. Der Park sollte der ganzen Bevölkerung besser zugänglich gemacht werden. Am Besten scheint mir, dort ein kleines Gartenlokal zu eröffnen. Ein Restaurant im «Weingarten» wäre ein wichtiger Begegnungsort für Hönggerinnen und Höngger.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat lehnt den Vorstoss aus finanzpolitischen Gründen ab. Als die Stadt das Areal im Jahr 1974 erwarb, prüfte der Stadtrat die Einführung eines Restaurationsbetriebs. Wir gehen weiterhin davon aus, dass dort ein Restaurationsbetrieb keinen Profit erwirtschaften würde.*

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): *Der «Weingarten» führt ein Schattendasein. Der «Weingarten» sollte besser bekannt gemacht werden. Man könnte beispielsweise mit einem Schild darauf hinweisen, dass er durchgehend geöffnet ist. Eine beachtliche Anzahl an Hönggerinnen und Hönggern wünscht sich ein besseres Gastronomieangebot. Objektiv gesehen, ist das Gastronomieangebot Hönggs nicht kleiner als dasjenige in anderen Quartieren. Eventuell ist das Angebot zu einseitig. Derzeit stehen einige Gewerbeflächen in Höngg frei. Dort könnte auch ein neues Restaurant eröffnet werden. Es gibt einige Aspekte, die gegen eine gastronomische Nutzung des «Weingartens» sprechen. Es braucht auch Orte der Ruhe. Einen solchen Ort bietet der «Weingarten». Ein Gartenlokal wäre saisonal nutzbar; es gibt bereits genügend Gastronomieangebote in Höngg, bei denen man draussen sitzen kann. Wir könnten auch parteienübergreifend einmal jährlich einen Brunch oder Spielnachmittag veranstalten.*

Claudia Simon (FDP): *In der Stadt stehen viele Gebäude unter Denkmalschutz. Guido Trevisan (GLP) hat die meisten Argumente bereits genannt. Es gibt genügend Lokale in Höngg. Die Führung eines Restaurants ist nicht Aufgabe der Stadt. In Höngg werden immer wieder Begegnungszonen vorgeschlagen.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Es hat im näheren Umkreis genügend Restaurants, wenn auch das Angebot an Gartenlokalen begrenzt ist. Ich befürworte, dass der «Weingarten» der Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden soll. Wir würden uns ein niederschwelliges Angebot wünschen und haben einen Textänderungsantrag.*

Michael Kraft (SP): *Der «Weingarten» muss der Öffentlichkeit besser zugänglich gemacht werden. An der Jungbürgerinnen- und Jungbürgerfeier bemängelten die Jugendlichen, dass es in Höngg keinen guten Begegnungsort hat. Das Quartier braucht Leben,*

dies nützt auch dem Gewerbe. Den Textänderungsantrag nehmen wir an.

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Der «Weingarten» ist bereits seit Jahren öffentlich zugänglich. Dennoch wird er nicht stark frequentiert, trotz Steinmauer ist es dort sehr laut. Getränke und Esswaren können in Höngg eingekauft und in den «Weingarten» mitgenommen werden. Im «Weingarten» hat es auch Bänke und einen Abfalleimer. Zur Umsetzung des Gastronomiebetriebs müssten Anwohner ihre Wohnungen aufgeben. Ein Restaurant ohne gedeckte Räume kann nicht rentabel sein. Es gibt in Höngg genügend Spielplätze.

Claudia Simon (FDP): Ich weiss nicht, was daran gewerbefreundlich ist, wenn die Stadt ein Restaurant betreiben soll, wenn es in Höngg bereits genügend Restaurants gibt. Falls im «Weingarten» ein Restaurant eingerichtet wird, wird es zu Reklamationen wegen Lärmbelästigungen kommen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der „Weingarten“ mit seinen umgebenden Gebäuden am Meierhofplatz nach der Schulhaussanierung Bläsi für die Allgemeinheit besser nutzbar gemacht werden kann. Es soll insbesondere geprüft werden, ob ein Restaurationsbetrieb Verpflegungsmöglichkeiten mit grossem Gartensitzplatz für die ganze Bevölkerung eingerichtet werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 63 gegen 54 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4654. 2013/259

**Postulat von Walter Angst (AL) und Aleks Recher (AL) vom 03.07.2013:
Umsetzung der Zielgruppenfokussierung des «Programms Wohnen» bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4112/2013): Es geht darum, dass die wohnpolitischen Grundsätze des Stadtrats vorsehen, dass ein Mindestanteil an subventionierten Wohnungen in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften angeboten werden soll. Die Genossenschaften haben sich in den letzten Jahren zunehmend aus dem subventionierten Wohnungsbau zurückgezogen. Der Stadtrat hat im «Programm Wohnen» den Auftrag, einen Mindestanteil an subventionierten Wohnungen zu erstellen, festgeschrieben. Leider richtet sich dieser Auftrag nur an das Finanzdepartement, es sind jedoch auch andere Departemente involviert. Wir haben mittlerweile gehört, dass in künftigen Planungen auf den subventionierten Wohnungsbau verstärkt Rücksicht genommen wird.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 11. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Der Stadtrat soll sich nicht in die Konzepte der Bauträgerschaften einmischen. Die Wohnbauträger sollen selber entscheiden können, wie sie ihre Wohnungen umsetzen. Die Stadt muss versuchen, ihre Finanzen ins Lot zu bringen. Bei der Volksabstimmung ging es um gemeinnützigen und nicht um subventionierten Wohnbau.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die FDP ist der Ansicht, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger den subventionierten Wohnungsbau unterstützen. Wir haben einen Textänderungsantrag.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Geschäften, welche gemeinnützigen Bauträgern, die Baurechtsverträge, Darlehen oder andere Formen der Unterstützung von der Stadt erhalten haben oder im Zuge dieses Geschäfts erhalten werden, den Bau zusätzlicher Wohnungen ermöglichen oder die Ausnutzung ihrer Grundstücke erhöhen (insbesondere Anpassung der Nutzungsplanung, Sondernutzungsplanungen, Baulinienänderungen, Landgeschäfte, Baurechtsverträge), das "Programm Wohnen" des Stadtrates, insbesondere Zielgruppenfokussierung, Massnahme 11 "Die Stadt setzt sich bei den gemeinnützigen Bauträgerschaften für einen Mindestanteil subventionierter Wohnungen ein", umgesetzt werden kann.

Das geänderte Postulat wird mit 92 gegen 23 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4655. 2013/270

Postulat von Walter Angst (AL) vom 10.07.2013:

Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit geltenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4128/2013): Im letzten Halbjahr haben wir wiederholt diskutiert, dass es seitens des Stadtrats eine seltsame Vergabep Praxis im Zusammenhang mit der Strassenreinigung gibt. Das Postulat fordert, dass die Stadt mit der Vergabe an Dritte kein Lohndumping betreibt. Wir haben gehört, dass es Verstösse gegen den Verhaltenskodex gibt und die Stadt keine Massnahmen dagegen einleitet.

Severin Pflüger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 11. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Wir finden es nicht gut, wenn die städtische Lohnskala missachtet wird, indem Aufträge an Dritte vergeben werden. Wir finden es aber fraglich, ob es sich bei diesem Postulat um den richtigen Weg zur Verhinderung dessen handelt. Fraglich ist, ob es überhaupt verhindert werden kann. Die externen Mitarbeitenden müssten einer Funktionsstufe zugeordnet werden und es müsste auch überprüft werden, ob sich die Auftragnehmer daran halten. Ein Betrieb, der Aufträge von der Stadt übernimmt, muss einerseits seinen Angestellten einen Lohn dafür zahlen, Räumlichkeiten und Material zur Verfügung und andererseits auch selber einen Gewinn erwirtschaften. Falls der Betrieb gezwungen ist, dieselben Löhne zu zahlen, wie dies auch die Stadt tut, dann wird er den Auftrag nie gleich günstig erledigen können wie die Stadt. Man wird somit keine externen Aufträge mehr vergeben können. Die Stadt ist darauf angewiesen, manche Arbeiten an Dritte zu vergeben. Es zahlt sich für die Stadt nicht aus, wenn sie die Löhne bei jedem extern vergebenen Auftrag kontrollieren muss.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Camen (SVP): Das Postulat ist überflüssig, die SVP geht davon aus, dass sich die Stadt an geltendes Recht hält. Die Stadt ist nicht für die Löhne zuständig, die der Auf-

tragnehmer an seine Angestellten zahlt.

Dr. Esther Straub (SP): Im Bereich Lohndumping sind Massnahmen nötig. Kurz nachdem die Stadt bekannt gab, dass kein Lohndumping vorliege, wurden die ersten Fälle von Lohndumping bekannt. Kontrollen seitens der Stadt sind nötig. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir von Auslagerungen auf diese Weise profitieren.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Wir sind damit einverstanden, dass Massnahmen gegen Lohndumping ergriffen werden müssen. Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht notwendig, dass städtische Löhne als Massstab gelten. Es müssen die branchenüblichen Löhne eingehalten werden. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag.

Irene Bernhard (GLP): Es ist nicht sinnvoll, die städtischen Mindestlöhne für Aufträge an Dritte zu berücksichtigen. Wir sind uns einig, dass Lohndumping nicht hinnehmbar ist. Aus unserer Sicht gibt es bereits genügend Regelungen. Man muss bei Dritten standardisiert Anfragen zu den Löhnen machen.

Duri Beer (SP): Ich bin froh, dass das Lohndumping Diskussionen auslöst. Man kann darüber diskutieren, ob die städtischen Mindestlöhne als Referenz gelten sollen. Dies ist ein interessanter Ansatz. Zu Spitzenzeiten leisten Dritte dieselbe Arbeit, wie sie auch städtische Angestellte leisten. Die NZZ stellte im Jahr 2011 fest, dass 40 % der Unternehmer die branchenüblichen Mindestlöhne nicht respektieren.

Roger Tognella (FDP): Wir finden dieses Anliegen teilweise berechtigt. Es ist jedoch keine künstliche Kontrollinstanz nötig. Mit gesundem Menschenverstand kann erkannt werden, welche Angebote mutmasslich Lohndumping zur Folge haben werden. Ein Regulativ ist nicht ausreichend. Leute, die Arbeiten vergeben, müssen für die Problematik sensibilisiert werden. In der Stadtverwaltung besteht ein gewisser Handlungsbedarf, so sollten die Vergaben bei allen Dienstabteilungen gleich erfolgen. Das Postulat geht zu weit. Sozialpartnerschaft soll aktiv gelebt werden, die Vergabestellen müssen Verantwortung übernehmen.

Andreas Kirstein (AL): Arbeiten, die durch Dritte erledigt werden, sind nicht günstiger, weil die Dritten effizienter arbeiten, sondern weil sie so tiefe Löhne zahlen, um einen möglichst hohen Profit zu erwirtschaften. Man muss definieren, was Lohndumping bedeutet. Es kann auch Lohndumping vorliegen, wenn die städtischen Mindestlöhne nicht eingehalten werden. Es ist wichtig, dass die Stadt regulierend eingreift.

Werner Wehrli (EVP): Wir wehren uns dagegen, dass alles, was unter dem städtischen Mindestlohn liegt, als Lohndumping bezeichnet wird. Man kann im Rahmen des bestehenden Submissionsrechts vorschreiben, welche Löhne Dritte an ihre Arbeitnehmer zahlen müssen. Interessant ist, dass dieses Postulat Kontrollmechanismen fordert. Deshalb unterstützen wir das Postulat mit dem Textänderungsantrag der CVP.

Walter Angst (AL): Man muss schon bei der Vergabe handeln und darauf achten, dass Lohndumping nicht vorkommt. Es ist problematisch, wenn der Verhaltenskodex nicht berücksichtigt wird. Wir fordern kein neues Regulativ, wir fordern auch keine neuen Stellen bei der Stadt. Die Stadt muss dort handeln, wo es keine Mindestbestimmungen gibt. Die Textänderung lehnen wir ab.

Das Postulat wird mit 57 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4656. 2013/318

**Postulat der FDP-Fraktion vom 11.09.2013:
Anpassung der Vergabepaxis für städtische Wohnungen und Stiftungen
bezüglich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Pflüger (FDP) begründet namens der FDP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4243/2013) und beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Es geht um die primäre Frage, wer zu welchen Bedingungen in den städtischen Wohnungen leben soll. Es gibt zwei Antworten, die beide zum gleichen Ergebnis führen. Die Stadt hat Wohnungen und kann sie auf dem Markt zum maximalen Preis vermieten. In diesem Fall sind die Wohnungen im Finanzvermögen anzusiedeln. Andererseits kann man die Wohnungen auch im Verwaltungsvermögen einordnen und sie zu Kostenmiete vermieten. In diesem Fall müssen wir uns überlegen, wozu wir die Wohnungen besitzen. Wir haben einen fürsorgenden Staat, der sich auch um benachteiligte Bürger kümmert. In diesem Fall müssen wir die Einkommensverhältnisse anschauen. Der Steuerzahler kann sich aber auch fragen, ob er Steuern zahlen soll, damit jemand, der gleich viel oder weniger verdient, günstiger wohnen kann. Eine Seitwärtsverteilung oder eine Verteilung von unten nach oben ist nicht tragbar. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen Leute in den Wohnungen leben, die es auch tatsächlich nötig haben.

Linda Bär (SP) begründet den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 2. Oktober 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht um den wohnpolitischen Grundsatzartikel, der von der Bevölkerung angenommen wurde. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt soll entschärft werden. Der Grundsatzartikel ermöglicht einer breiten Bevölkerungsschicht, Wohnungen zur Kostenmiete zu beziehen. Es gibt bereits heute die Belegungsvorschrift, die Wohnsitzpflicht und den Ausbaustandard. Es handelt sich dabei um einfache Mittel, mit denen die Ziele der Gemeindeordnung erreicht werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Gemeinderat hat im Jahr 1995 die entsprechende Verordnung erlassen. Es hätte somit eine Motion eingereicht werden müssen. Wir werden eine Vorlage bringen, die Diskussion wurde ins Rollen gebracht. Wir streben keine rigiden finanziellen Richtlinien an, die soziale Durchmischung muss gewährleistet bleiben. Die Verordnung bezieht sich auf den Vermietungsmoment.

Weitere Wortmeldungen:

Adrian Gautschi (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir respektieren den Entscheid des Volkes. Die FDP greift einen wunden Punkt auf, wenn sie eine Änderung der Praxis beantragt. Die Stadt hat sehr viele Wohnungen im kostendeckenden Segment. Störend ist, dass die Mieterinnen und Mieter ewig in den Wohnungen bleiben können, selbst wenn sich ihre finanziellen Verhältnisse verbessern. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag. Wir sind der Ansicht, dass die Richtlinien nicht nur zum Zeitpunkt der Vermietung greifen müssen, sondern auch zu späteren Zeitpunkten. Die Richtlinien werden nicht immer eingehalten.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Das Postulat ist unpräzise formuliert. Die Vergabepaxis muss eingehalten werden. Der zweite Teil des Postulats widerspricht dem ersten Teil des Textes. Man versucht von der Kostenmiete wegzukommen. Das ist problematisch.

Die Wohnungen sollen denjenigen zugute kommen, die sie nötig haben.

Niklaus Scherr (AL): Der Absatz zwei des Postulats verlangt, dass unter gewissen Konstellationen von der kostendeckenden Miete abgewichen werden kann. Dem gegenüber stehen zwei Verfassungsbestimmungen. Die Stadt muss ihre Wohnliegenschaften grundsätzlich nach dem Prinzip der Kostenmiete vermieten. Der wohnpolitische Grundsatzartikel muss ebenfalls berücksichtigt werden. Es wurden immer wieder städtische Wohnungen an Leute vergeben, welche die Kriterien nicht erfüllen. Die Kriterien müssen auch nach der Vermietung überprüft werden können. Die vorgeschlagene Lösung ist die falsche.

Dr. Martin Mächler (EVP): Auch wir waren an der Idee des Textänderungsantrags beteiligt. Es besteht Konsens darüber, dass bezahlbare Wohnungen in der Stadt nötig sind. Es ist stossend, wenn viele bezahlbare Wohnungen von wohlhabenderen Bewohnerinnen und Bewohnern bewohnt werden. Man muss diese Leute dazu bewegen, die Wohnungen wieder aufzugeben, sobald sie die Kriterien nicht mehr erfüllen.

Michael Baumer (FDP): Der Grundsatzartikel wurde wiederholt angesprochen. Im Zuge des Abstimmungskampfes wurde behauptet, dass diejenigen, die Probleme haben, eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden, eine städtische Wohnung bekommen würden. Bei Neuvermietungen wird darauf geachtet. Die Einkommenssituation kann sich ändern. Es ist nicht tragbar, wenn Wohnungen für Leute mitfinanziert werden, die es eigentlich nicht nötig haben. Werden diesen Personen die Wohnungen gekündigt, dann schaffen wir Ghettos. Unser Ziel ist die Beibehaltung der sozialen Durchmischung. Es geht nicht um Gewinnabsichten, sondern darum, die Aufstockung um 33 % zu finanzieren und die Durchmischung der Quartiere zu gewährleisten.

Samuel Dubno (GLP): Die Kündigung derjenigen, welche die Kriterien nicht mehr erfüllen, ist eine vorgeschlagene Option, kein Muss. Es ist inkonsequent bei einem Vorstoss Kontrollmechanismen zu fordern und sie hier abzulehnen.

Severin Pflüger (FDP): Ich bin kein Vertreter des Nachtwächterstaats. Der Angriff auf den zweiten Absatz nach Annahme der Textänderung ist befremdlich.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Vergabepaxis in den eigenen städtischen Liegenschaften und den öffentlich rechtlichen Stiftungen der Stadt so angepasst werden kann, dass mittel- bis langfristig die günstigen Wohnungen der Stadt effektiv auch denjenigen Bewohnern und Bewohnerinnen zu Gute kommen, die aufgrund ihres bescheidenen Einkommens und Vermögens darauf angewiesen sind. Dies unabhängig davon, ob eine Wohnung den Status ‚subventioniert‘ hat oder nicht.

~~Entsprechen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines Mieters nicht mehr den Vorgaben für die günstige Wohnung, sollte ein Mietzinsaufschlag erfolgen, der schrittweise bis zum effektiven quartierüblichen Mietzins für eine vergleichbare Wohnung ansteigt bzw. sollte die Mietpartei motiviert werden, die Wohnung gegen eine ihren Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnung zu tauschen.~~

Erfüllt eine Mietpartei die in den Vergaberichtlinien festgelegten Voraussetzungen nicht mehr, soll ein Massnahmenkatalog greifen. Dieser ist auszuarbeiten.

Der Rat stimmt dem Antrag von Severin Pflüger (FDP) mit 104 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
001	Abele	Martin	Grüne	NEIN
094	Ackermann	Ruth	CVP	JA
032	Altinay	Petek	SP	NEIN
071	Ammann	Jürg	Grüne	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
179	Anhorn	Ruth	SVP	JA
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
059	Bär	Linda	SP	NEIN
137	Bartholdi	Roger	SVP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
051	Baumgartner Kläy	Brigitte	Grüne	NEIN
045	Beer	Duri	SP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	JA
038	Bernhard	Irene	GLP	JA
173	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
106	Blöchlinger	Patrick	SD	NEIN
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	JA
017	Brander	Simone	SP	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	JA
170	Bürlimann	Martin	SVP	JA
154	Camen	Beat	SVP	JA
049	Denoth	Marco	SP	NEIN
151	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	--
035	Dubno	Samuel	GLP	JA
057	Dubs Früh	Marianne	SP	NEIN
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
166	Egger	Urs	FDP	--
176	Erfigen	Monika	SVP	JA
030	Esseiva	Nicolas	SP	--
140	Fehr	Urs	SVP	JA
072	Filli	Peider	Grüne	--
031	Fischer	Renate	SP	NEIN
002	Frei	Dorothea	SP	NEIN
026	Garcia	Isabel	GLP	JA
124	Garzotto	Marina	SVP	JA
036	Gautschi	Adrian	GLP	JA
063	Glaser	Helen	SP	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
119	Hagger	Joachim	FDP	JA
156	Haller	Margrit	SVP	JA
116	Hänni-Etter	Cécilia	FDP	--
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	--
005	Hug	Christina	Grüne	NEIN
092	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
037	Hüni	Guido	GLP	--

147	Huser	Christian	FDP	JA
127	Hüssy	Kurt	SVP	JA
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
128	Jäger	Alexander	FDP	JA
054	Kälin	Simon	Grüne	NEIN
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
023	Käser	Philipp	GLP	JA
083	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
053	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
052	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
029	Kraft	Michael	SP	NEIN
041	Küng	Peter	SP	NEIN
088	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
046	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
034	Landolt	Maleica	GLP	JA
132	Lauber	Tamara	FDP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
082	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	JA
021	Luchsinger	Martin	GLP	--
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
101	Mariani	Mario	CVP	--
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
033	Matter	Sylvie Fee	SP	NEIN
070	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
138	Monn	Thomas	SVP	JA
069	Moser	Felix	Grüne	NEIN
157	Müller	Rolf	SVP	JA
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
086	Piller	Bernhard	Grüne	NEIN
087	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
174	Regli	Daniel	SVP	JA
006	Richli	Mark	SP	NEIN
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
171	Schatt	Heinz	SVP	JA
123	Scheck	Roland	SVP	JA
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
153	Schlatter	Hedy	SVP	JA
130	Schmid	Michael	FDP	JA
148	Schmid	Urs	FDP	JA

103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	JA
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	JA
016	Silberring	Pawel	SP	NEIN
120	Simon	Claudia	FDP	JA
105	Spiess	Christoph	SD	NEIN
165	Steger	Heinz F.	FDP	JA
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	JA
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	JA
108	Tuena	Mauro	SVP	JA
183	Urben	Michel	SP	NEIN
133	Uttinger	Ursula	FDP	JA
015	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
073	Vocat	Fabienne	Grüne	NEIN
062	von Matt	Hans Urs	SP	NEIN
039	von Planta	Gian	GLP	JA
144	Wehrli	Werner	EVP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
003	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
066	Würth	Eva-Maria	SP	NEIN
020	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN
047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN

Das Postulat wird mit 58 gegen 58 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4657. 2014/16

Einzelinitiative von Dr. Alfred Müller vom 10.01.2014: Schutz der Baumallee an der Freudenbergstrasse

Von Dr. Alfred Müller, Freudenbergstrasse 101, 8044 Zürich, ist am 10. Januar 2014 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Hiermit reiche ich gestützt auf Art. 15 GO i.V. mit § 120 GPR die Einzelinitiative „Schutz der Baumallee an der Freudenbergstrasse“ mit folgendem Initiativtext ein:

„Bei den Sanierungsprojekten der Freudenbergstrasse, Abschnitt Toblerplatz bis Susenbergstrasse (Stras-

senbelag und Unterbau, Erneuerung der Kanalisation und Werkleitungen), ist auf das Fällen der ca. 80 noch gesunden Bäume zu verzichten und die Strassenbauprojekte sind unter Erhalt und grösstmöglicher Schonung des bestehenden Baumbestandes zu realisieren.“

Begründung:

Die Freudenbergstrasse führt vom Toblerplatz im Kreis 7 bis zur Susenbergstrasse im Kreis 6. Sie ist gesäumt von einer Allee von ca. 80 mächtigen Bäumen (mehrheitlich Rosskastanien), die das Strassenbild prägen und für das Erscheinungsbild des Quartiers typisch sind.

Die Strasse bedarf unbestrittenermassen der Sanierung. Strassenbelag und Unterbau sowie die Werkleitungen und die Kanalisation müssen altershalber ersetzt werden. Der Initiant, selber wohnhaft an der Freudenbergstrasse, und die Anwohner sind jedoch der Ansicht, dass die Strassenbauprojekte durchaus auch ohne das Fällen und unter Erhalt der Bäume realisiert werden können.

Dem Fällen von Alleen in der Stadt Zürich muss dringend Einhalt geboten werden. Erst kürzlich wurden ohne Not Allees an der Bahnhofstrasse und an der Riedlistrasse abgeholzt. Auch wenn die Bäume wieder ersetzt werden, so wird dadurch das Erscheinungsbild der betreffenden Strassen für lange Zeit beeinträchtigt.

Aus diesen Gründen ersuche ich Sie um die vorläufige Unterstützung meiner Einzelinitiative und danke Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, für die Unterstützung meines Anliegens.

Mitteilung an den Stadtrat

4658. 2014/20

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 22.01.2014:

**Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess
«Verkehr Kreis 10»**

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 22. Januar 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert nach der Veröffentlichung des Schlussberichts Mitwirkungsprozess Verkehr Kreis 10 vom 2. Mai 2013, dem Gemeinderat jeweils spätestens nach zwei und vier Jahren Bericht über die Umsetzung zu den nachfolgenden Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10» zu erstatten:

1: Übergeordnete Verkehrsströme: Achse Am Wasser/Breitensteinstrasse abklassieren

7: Am Wasser / Breitensteinstrasse: Den Engpass sanieren / die Trottoirlücken schliessen

10: Am Wasser / Breitensteinstrasse: Die Veloverbindung nach Wipkingen verbessern

11: Am Wasser / Breitensteinstrasse: Den Schleichverkehr in der Bäulistrasse verringern

12: Wipkingerplatz: Zugang zum Wipkingerplatz verbessern

13: Wipkingerplatz: Den MIV besser lenken

14: Wipkingerplatz: Prozess zur Zukunft starten

15: Bahnhof Wipkingen / Quartierzentrum Nordbrücke: Das Quartierzentrum aufwerten

16: S-Bahn-Verlust kompensieren

17: Bahnhof Wipkingen / Quartierzentrum Nordbrücke: Zentrum Nordbrücke und Bahnhof besser miteinander verknüpfen

Falls Empfehlungen nicht umgesetzt werden, soll dies detailliert begründet werden. Die Empfehlung 2 (Tunnel) soll nicht weiterverfolgt werden. Zudem soll im Zusammenhang mit Empfehlung 10 (Am Wasser / Breitensteinstrasse: Die Veloverbindung nach Wipkingen verbessern) auch die Zufahrt von der Rosengartenbrücke in die Trottenstrasse verbessert werden.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Motion 2012/312 - Aufwertung Meierhofplatz - hat der Stadtrat im Kreis 10 ein Mitwirkungsprozess in Gang gesetzt, bei welchem 17 Empfehlungen zum Verkehr im Kreis 10 entstanden sind. Den Teilnehmenden am Mitwirkungsprozess aus Bevölkerung und Verwaltung wird für ihre wertvolle Vorarbeit recht herzlich gedankt.

Da nur ein Teil der Empfehlungen den Meierhofplatz direkt betrifft, werden nur diese im Zusammenhang mit der Weisung 2012/312 behandelt. Die Postulantinnen möchten jedoch über die weiteren Schritte einiger anderer Empfehlungen ebenfalls informiert bleiben. In einem Fall soll die Massnahme nicht weiterverfolgt werden.

Einige der aus dem Mitwirkungsprozess stammenden Empfehlungen werden im Postulattext oben nicht

explizit erwähnt. Dies sind folgende:

Empfehlung 3: Diese betrifft die ganze Stadt und nicht nur den Kreis 10 und soll überall weiterverfolgt werden.

Empfehlung 8: Diese wurde vom Gemeinderat mit dem Postulat 2010/265 (Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof – Am Wasser – Rütihof) an den Stadtrat überwiesen und soll in diesem Sinn weiterverfolgt werden.

Empfehlung 9: Diese wurde vom Gemeinderat mit dem Postulat 2010/266 (Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser/Breitensteinstrasse) an den Stadtrat überwiesen und soll in diesem Sinn weiterverfolgt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

4659. 2014/21

**Postulat von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) vom 22.01.2014:
Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks**

Von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) ist am 22. Januar 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Parkanlage Platzspitz der Öffentlichkeit zeitlich durchgehend zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Der Platzspitz wird, im Gegensatz zu den anderen städtischen Parkanlagen, abends in der Regel um 21:00h, im Sommer flexibel bis zu einer Stunde später, geschlossen. Die Nutzbarkeit der Anlage wird dadurch, insbesondere in den wärmeren Monaten, deutlich eingeschränkt.

Gerade im Sommer geniessen die Menschen die Stadt jedoch besonders gerne im Freien, an den Gewässern und in Parks: Die einzigartige, qualitativ hochstehende Grünanlage im Herzen Zürichs würde all dies verbinden und würde ohne Zweifel auch am späteren Abend von allen Zürcherinnen und Zürichern sowie den Besucherinnen und Besuchern unserer Stadt gerne genutzt. Das Bedürfnis hierfür zeigt sich an einem warmen Sommerabend beispielsweise zwischen Drahtschmidli und den beiden Flussbädern am Letten – unweit vom Platzspitzpark. Eine durchgehende Öffnung des Parks würde die vorhandenen Grünräume und Flusspromenaden in diesem Gebiet optimal ergänzen.

Darüber hinaus ist der Platzspitz ein wichtiger und attraktiver Durchgang für den Fuss- und Veloverkehr. Eine der wenigen nationalen Velorouten in Zürich, die Mittelland-Route (Nr. 5), führt durch den Park. Mit der Schliessung werden nützliche Verbindungen zwischen den Stadtteilen abends und in der Nacht verunmöglichlicht.

Nachdem vor etwas mehr als 20 Jahren der Platzspitz als Park wiedereröffnet wurde und nachdem vor rund 10 Jahren der Stadtrat eine entsprechende schriftliche Anfrage noch abschlägig beantwortet hatte (GR-Nr. 2003/236), gibt es heute keinen ersichtlichen Grund für die Schliessung mehr. Es ist an der Zeit, ein neues Kapitel für den Platzspitz aufzuschlagen und den Park der Bevölkerung vollumfänglich zugänglich zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

4660. 2014/22

**Postulat von Michael Baumer (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2014:
Restaurant Belvoir-Park, Verzicht auf den Bau der unterirdischen Anlieferung**

Von Michael Baumer (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden ist am 22. Januar 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf den Bau der unterirdischen Anlieferung für das Restaurant Belvoir-Park verzichtet werden kann.

Begründung:

Der Bau einer unterirdischen Anlieferung für das Restaurant Belvoir-Park würde hohe Investitionskosten verursachen. Die Amortisation dieser Kosten kann in dieser Höhe nicht über den laufenden Betrieb erfolgen.

Der Bau einer solchen unterirdischen Anlage ist auch mit dem neuen Parkierungskonzept, bei welchem keine Autos mehr auf dem Zufahrtsweg stehen, unnötig.

Die Stadt als Eigentümerin soll daher auf diese unnötige Ausgabe verzichten und zusätzliche Kosten für den Betrieb verhindern.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative und die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4661. 2014/23

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP), Severin Pflüger (FDP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2014:

Einquartierung von Flüchtlingen an der Sonnenbergstrasse 19 und am Jupitersteig 6 und 8, Information der Anwohnerschaft sowie Kriterien für die Zuteilung auf die Stadtquartiere

Von Marc Bourgeois (FDP), Severin Pflüger (FDP) und 30 Mitunterzeichnenden ist am 22. Januar 2014 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die AOZ ist in diesen Tagen daran, rund 80 Flüchtlinge in den 19 Mietwohnungen der Liegenschaft Sonnenbergstrasse 19 / Jupitersteig 6 und 8 einzuquartieren. Es handelt sich dabei nach Angaben der AOZ mehrheitlich um Familien, vom Status her vorwiegend um anerkannte Flüchtlinge (Ausweis B), vorläufig aufgenommene Ausländer (Ausweis F) sowie einzelne Asylbewerber (N), die hauptsächlich aus Ostafrika stammen. Dabei handelt es sich hinsichtlich der Betreuungssituation und der Kontrolle nicht um ein Flüchtlingszentrum, sondern um Familien und Wohngemeinschaften, die dort weitgehend selbständig leben werden und teilweise an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen oder arbeiten.

Die Nachbarschaft wurde am Abend des 20.01.2014 mittels eines kurzen Flyers über diese Pläne informiert. Bereits am nächsten Tag sind die ersten Bewohner eingezogen. Zuvor war allen bisherigen, teils langjährigen Mietern im Rahmen einer Handänderung die Wohnung gekündigt worden. Ein darauf folgendes Baugesuch wurde von der Stadt aber abgelehnt, worauf der neue Eigentümer eine Zwischennutzung suchte. Die lange Dauer der angestrebten Zwischennutzung von vier Jahren überrascht dabei, könnte aber in einem Planungsstopp aufgrund der vorliegenden BZO-Revision begründet liegen.

Angrenzend an die betroffene Parzelle liegt ein städtischer Werkhof, auf welchem dem Vernehmen nach auch Veränderungen geplant sind und offenbar eine Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft obige Darstellung betreffend Information der Anwohnerschaft zu? Falls nein bitten wir um eine entsprechende Richtigstellung.
2. Wurden vorgängig Interessenvertreter des Quartiers in dieser Sache begrüsst? Wenn ja, welche, wenn nein, weshalb nicht?
3. Der Stadtrat schreibt in Antwort auf eine Schriftliche Anfrage der FDP (GR 2012/239): „Dem Stadtrat ist eine transparente und frühzeitige Information über geplante grössere Unterkünfte im Asylbereich ein wichtiges Anliegen. Auch in Zukunft sollen die Direktbetroffenen Informationen aus erster Hand erhalten.“ Wieso hält er sich nicht an sein Versprechen?
4. Hält der Stadtrat eine solch kurzfristige und zurückhaltende Informationspolitik bei einer Platzierung von 80 Flüchtlingen mitten in einem Wohnquartier für angemessen und förderlich für das Vertrauen der Bevölkerung in die städtische Asylpolitik, insbesondere im Hinblick auf sein eigenes Legislaturziel „Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten“?
5. Es ist nachvollziehbar, dass auch Lasten gleichmässig auf die einzelnen Stadtquartiere verteilt werden sollen. Allerdings ist die Unterbringung von 80 Flüchtlingen aus demselben Herkunftsgebiet in einer Liegenschaft mitten in einem Wohnquartier selbst in der Stadt Zürich selten. Weshalb werden nicht dezentralere und ethnisch durchmischtere Lösungen angestrebt?
6. Die betroffenen Flüchtlinge werden statistisch betrachtet mehrheitlich in der Schweiz bleiben. Hält der Stadtrat eine solche Ballung von Flüchtlingen aus demselben Herkunftsgebiet förderlich für deren Integration, oder teilt er die Auffassung, dass so eher dazu beigetragen wird, dass diese unter sich bleiben und eine Ghettoisierung stattfindet? Begründung?
7. Falls die Aussagen der AOZ zutreffen, dass dort mehrheitlich Familien wohnen werden, ist mit einer

- grösseren Zahl an Kindern zu rechnen. Diese sind selbstverständlich schulpflichtig. Welches Schulhaus bzw. welche Schulhäuser werden diese Kinder besuchen?
8. Wie wurden der betroffene Schulkreis bzw. die betroffene(n) Schuleinheit(en) über diese Aufgabe vorinformiert und wie sind diese auf diese Herausforderung vorbereitet?
 9. Aus welchem Grund wurde das Baugesuch des Eigentümers abgelehnt?
 10. Es darf davon ausgegangen werden, dass der Eigentümer die 19 Wohnungen an einer solchen Lage für vier Jahre auch an andere Interessenten hätte vermieten können. Hat die Stadt mit Druck oder Anreizen auf den Eigentümer eingewirkt, um die heutige Lösung herbeizuführen (bspw. im Hinblick auf ein künftiges Baugesuch, alternativ kein Schutz vor Besetzungen und widerwilliges polizeiliches Handeln im Falle eine Besetzung selbst bei einer vorliegenden Baubewilligung etc.)? Falls ja, womit?
 11. Besteht hinsichtlich der Bauplanung ein Zusammenhang mit dem angrenzenden Werkhof an der Bergstrasse, und falls ja, welcher? Was ist insbesondere mit dem Werkhof geplant?

Mitteilung an den Stadtrat

4662. 2014/24

Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2014:

Verstösse der Vertragspartnerin für die Strassen- und Parkreinigung gegen den Verhaltenskodex der Stadt, Hintergründe und mögliche Massnahmen

Von Walter Angst (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 22. Januar 2014 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Vergabe von Aufträgen der Strassen- und Parkreinigung der Stadt Zürich an die Basler Firma „b.i.g. sicherheit und services ag“ war Gegenstand der Schriftlichen Anfrage 2013/263. In der Antwort hielt der Stadtrat am 6. November 2013 fest, dass er „davon ausgehen (dürfe), dass die Vorgaben des Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich, insbesondere bezüglich der Arbeitsbedingungen eingehalten sind“. In der Zwischenzeit ist bekannt geworden, dass die zuständige Regionale Paritätische Kommission für das Reinigungsgewerbe eine Lohnbuchkontrolle bei der Firma b.i.g. durchgeführt hat. Es gibt konkrete Hinweise, dass Verfehlungen festgestellt worden sind, die im Beschluss der Paritätischen Kommission festgehalten sind. Im Verhaltenskodex der Stadt Zürich, den die Firma b.i.g. unterzeichnet hat, ist zudem festgehalten, dass „die Stadt Zürich sowie eine durch diese beauftragte externe Stelle jederzeit die Vertragspartnerin/den Vertragspartner auffordern kann, Nachweise für die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodex vorzulegen“.

Wir bitten den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Zürich aufgrund der konkreten Hinweise, dass die Vertragspartnerin die Bestimmungen des GAV für das Reinigungsgewerbe nicht einhält, die die Firma b.i.g. aufgefordert, das Ergebnis der im letzten Jahr durchgeführten Lohnbuchkontrolle vorzulegen?
2. Hat die Stadt Zürich bei der Paritätischen Kommission für das Reinigungsgewerbe Basel eine Bestätigung eingeholt, dass die Bestimmungen des Verhaltenskodex von der Firma b.i.g. eingehalten werden?
3. Was ist das Ergebnis der Lohnbuchkontrolle bei der Firma b.i.g.? Liegt ein Beschluss der PK vor? Ist dieser rechtskräftig? Was für Feststellungen sind von der PK gemacht worden? Ist eine Busse verhängt worden?
4. Welche Schlussfolgerungen zieht der Stadtrat aus dem Feststellungen der PK? Sind aus Sicht des Stadtrats aufgrund der Feststellungen der PK die Voraussetzungen gemäss Verhaltenskodex erfüllt, die Verträge mit der Firma b.i.g. zu kündigen bzw. sie aus laufenden und künftigen Vergabeverfahren während der Dauer von fünf Jahren auszuschliessen?

Mitteilung an den Stadtrat

4663. 2014/25

Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 22.01.2014:

Ausstellung «Dada x Statistik» im Cabaret Voltaire, Hintergründe zur Mietsituation in den Räumen der Dienstabteilung Statistik sowie zur Idee der gemeinsamen Ausstellung

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) ist am 22. Januar 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Offensichtlich gibt es zwischen der Dienstabteilung ‚Statistik Stadt Zürich‘ und dem Cabaret Voltaire eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit. Resultat dieser Kooperation ist die Ausstellung ‚dada x statistik‘, die vom 25.10.13 – 02.02.14 im Cabaret Voltaire gezeigt wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kam es dazu, dass die Direktion des Cabaret Voltaire ihre Büros in den Räumen der Dienstabteilung ‚Statistik Stadt Zürich‘ erhielt?
2. Wie viele Personen des Cabaret Voltaire belegen seit wann Büroräume bei Statistik Stadt Zürich?
3. Wie viele Quadratmeter belegen Mitarbeitende des Cabaret Voltaire zu welchen Mietkonditionen p.a.?
4. Wurden die Mietkosten an die IMMO überwiesen? Falls ja, welche Beträge wurden seit Anfang des Mietverhältnisses je Kalenderjahr bezahlt? Falls nein, an wen wurden die Mietkosten bezahlt?
5. Falls die Büromieten quersubventioniert wurden: wie lautet die rechtliche Beurteilung des Vorgangs?
6. Wie kam es angesichts minimaler Gemeinsamkeiten zwischen dem Dadaismus und ‚Statistik Zürich‘ zur Idee einer gemeinsamen Ausstellung?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die an der Ausstellung präsentierten, höchst dürftigen Resultate der Kooperation zwischen dem Cabaret Voltaire und Statistik Stadt Zürich?
8. Wie viele Sach- und Personalkosten sind der Stadt Zürich insgesamt durch die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung ‚dada x statistik‘ (inkl. Vernissage, Finissage, Führungen und andere etwaige Transferkosten) entstanden? Bitte um detaillierte Angaben zu den Beträgen und Verwendungszwecken. Auf welchen Konten wurden diese Kosten budgetiert und abgerechnet?
9. Im Frühjahr 2013 kostete der Zugang zur Krypta des Cabaret Voltaire noch CHF 9.- pro Besucher/-in. Im Rahmen der Ausstellung ‚dada x statistik‘ ist der Zugang zur Krypta wieder gratis. Welche Ausfallsentschädigung bezahlt die Stadt Zürich dem Cabaret Voltaire für diesen freien Zugang? Kostet der Zugang zur Krypta ab dem 03.02.14 wiederum CHF 9.-? Falls nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

4664. 2011/13

Weisung vom 19.01.2011:

Stiftung für kostengünstige Wohnungen, Errichtung und Erlass eines Stiftungsstatuts, Gründungsbeitrag von 75 Mio. Franken (indirekter Gegenvorschlag zu vier wohnbaupolitischen Volksinitiativen)

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

- 4665. 2013/339**
Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Margrit Haller (SVP) vom 25.09.2013:
Vision 2025 eines einheitlichen Schulmodells mit einer gebundenen Tagesschule, Beweggründe und Rechtsgrundlagen für den Pflichtbesuch

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 8 vom 8. Januar 2014).

- 4666. 2013/349**
Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP) und Christine Seidler (SP) vom 02.10.2013:
Geschlechterungleichheiten in Ausbildungs- und Berufsverläufen, Massnahmen der Stadt im Rahmen des Gleichstellungsplans 2010

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 7 vom 8. Januar 2014).

- 4667. 2013/60**
Weisung vom 06.03.2013:
Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Herdernstrasse, Zürich Aussersihl, Kreis 4

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 2013 ist am 3. Januar 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2014.

- 4668. 2013/292**
Weisung vom 29.08.2013:
Verein Arche Zürich, Beiträge an Arche Kind & Familie 2014–2017

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 2013 ist am 3. Januar 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2014.

- 4669. 2013/300**
Weisung vom 04.09.2013:
Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren, Gemeinschaftszentrum Buchegg, Bewilligung Mieterlass vom 1. Oktober 2013–31. Dezember 2018

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 2013 ist am 3. Januar 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2014.

4670. 2013/283

Weisung vom 21.08.2013:

Tiefbauamt, Strasse Mattenhof in Schwamendingen, Landabtauschvertrag mit der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof, Genehmigung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 4. Dezember 2013 ist am 10. Januar 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2014.

4671. 2013/247

Weisung vom 26.06.2013:

Finanzdepartement, Erhöhung des Darlehens an die Kongresshaus-Stiftung für die Finanzierung der Projektierung der Instandsetzung von Tonhalle und Kongresshaus (samt Umbauten im Kongresshaus) um 11,5 Millionen auf 15,5 Millionen Franken, Abschreibung von parlamentarischer Vorstössen

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 4. Dezember 2013 ist am 10. Januar 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2014.

Nächste Sitzung: 29. Januar 2014, 17 Uhr.